

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 56 (1973)
Heft: 5

Artikel: Unfug im Namen Gottes
Autor: Morf, Max P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-412074>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freidenker

Monatsschrift der Freigeistigen Vereinigung der Schweiz

Nr. 5 56. Jahrgang

Aarau, Mai 1973

Sie lesen in dieser Nummer ...

Parteien und Presse zur Jesuiten-
Abstimmung

Kirche im Ghetto

Moskaus Pharisäer

Erfreuliches aus Zürich

Aus Joseph Eglis Dokumentation

Was unsere Leser schreiben

465

Unfug im Namen Gottes

Es dürfte jedermann bekannt sein, dass heutzutage in den Ländern, welche eine obligatorische Kirchensteuer haben, sich die religiösen Institutionen dank der Hochkonjunktur nicht mit finanzieller Schmalkost begnügen müssen. Schmucke Sakralbauten und Pfarrhäuser, denen man landauf, landab begegnet, zeugen davon. Laut einem Bericht der in Hamburg erscheinenden Illustrierten «Stern» vom 8. Februar 1973 haben die Kirchen der Bundesrepublik im vergangenen Jahr 6,7 Milliarden Mark kassiert. Mit einer solchen Summe, die trotz der grassierenden Inflation kein Pappenstiel ist, lässt sich gewiss viel Gutes tun, mag sich der uneingeweihte Bürger denken. Doch für die Nächstenliebe fehlt den Kirchen das Geld, während im Kölner Dom die Gebeine der Drei Heiligen Könige Caspar, Melchior und Baltasar im teuersten Reliquienschrein der Christenheit ruhen. Dazu «Stern»: «Der kostbare Reliquienschrein im Kölner Dom war noch im Jahre 1781 mit 226 Edelsteinen geschmückt. Dann hat die gottlose Französische Revolution dafür gesorgt, dass der Schrein andertthalb Jahrhunderte lang im nackten Goldschmuck glänzen musste. Durch umfangreiche Edelsteinkäufe des Kölner Domkapitels in den letzten Jahren ist dieser Missstand jetzt behoben. Heller als im Mittelalter strahlt der Schrein nun auch im Wunderglanz von sechshunderfünfzig geschliffenen Steinen. Besorgt um den Komfort der wertvollen Reliquien hat das Domkapitel überdies den grössten Goldschrein der Christenheit um goldene vierzig Zentimeter verlängert.» Im Zeitalter der Geldentwertung sind Edelsteine be-

kanntlich nicht zu Discount-Preisen erhältlich. Dafür sind die Steuereinkünfte der beiden Kirchen zwischen 1961 und 1971 um 189% gestiegen. Während der gleichen Periode kletterten die Kosten der Lebenshaltung nur um 34%, das Einkommen des durchschnittlichen Erwerbstätigen um 115% und die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand um 123%. Trotz diesen überdurchschnittlichen Fiskaleinnahmen mangelt es den Kirchen für wohltätige Zwecke an allen Ecken und Enden. Um die 5000 Alkoholiker und 300 Drogensüchtigen in Hannover kümmern sich im Auftrage der evangelischen Inneren Mission nicht mehr als zwei hauptamtliche und ein nebenamtlicher Betreuer. Die dringend notwendigen zusätzlichen Fachkräfte, welche nur mit grösster Mühe angeworben werden konnten, mussten inzwischen aus Geldmangel wieder entlassen werden. In Köln betreut der katholische Caritas-Verband die einzige Begegnungsstätte der 18 000 italienischen Arbeiter. Für ein Zimmer mit vier Betten bezahlen italienische Junggesellen dem kirchlichen Vermieter zusammen 320 Mark Miete. Trotzdem werden nicht einmal mehr die nötigsten Reparaturen auf den Toiletten des Hauses ausgeführt. Dafür fehlt der Caritas das Geld. Gewiss, die Kirchen haben auch für Altersheime, Waisenhäuser, Spitäler und ähnliche sozialen Einrichtungen einiges von der himmlischen Geldmanna abgezweigt. Viel deutsches Kirchengeld fliesst direkt in die Entwicklungsländer, namentlich nach Südamerika, was am 2. Vatikanischen Konzil manches prodeutsche Votum zur Folge hatte. Die vatikanischen

Schatzkammern hingegen werden durch den Peterspfennig pro Jahr lediglich mit 2 Millionen Mark bescherzt. Was die Saläre der Geistlichkeit anlangt, so sind diese in keiner Weise mit den Gehältern eines Verwaltungsratspräsidenten der Grossindustrie oder der Hochfinanz zu vergleichen, eventuell abgesehen von der Lohntüte eines Kardinals. Hierzu meint «Stern»: «Und ist der Zölibat bei einem hohen Geistlichen wie Kardinal Höffner (Monatseinkommen 8400 Mark) eine Tugend, so ist er für einen kleinen Kaplan eine finanzielle Notwendigkeit: Selbst im fortschrittlichen Bistum Essen bezieht solch ein Diener Gottes monatlich bei freier Kost und Logis im Pfarrhaus ganze 530 Mark brutto. Aber auch ein evangelischer Pfarrer liegt mit seinem Studienratsgehalt von 2400 Mark brutto als Ehemann ziemlich fest an der Leine.»

Wohin ging dann das viele Geld? Kurz und gut, es wurde vermauert und verbaut – namentlich zum Wohle der Zement- und Ziegeleiindustrie, sowie der

ratio humana

Quartalszeitschrift für kritisches
Denken,
herausgegeben von der
Freigeistigen Vereinigung der
Schweiz.

Die anfangs April erschienene Nummer enthält einen interessanten Artikel von Dr. W. R. Corti sowie einen Bericht über die Wandlungen der katholischen Sexualmoral.

Preis des Jahresabonnements:
Fr. 10.—

Bestellungen an:
**Walter Gyssling, Hofackerstr. 22,
8032 Zürich**

experimentierfreudigen Architekten. In Cochem an der Mosel, einem Städtchen, das wirtschaftlich und demographisch stagniert, wurden seit Kriegsende 7 Gotteshäuser neu gebaut. Von den 10 bestehenden Kirchen bei 8207 Einwohnern (1972) werden nur deren 5 benutzt, die anderen stehen leer. Anderseits herrscht in der genannten Gemeinde ein Mangel an Kindergartenplätzen. Wo bleibt da der gesunde Menschenverstand? «Stern» schreibt diesbezüglich: «Seit dem zweiten Weltkrieg sind in der Bundesrepublik mehr Kirchen gebaut worden als in den vier Jahrhunderten zuvor im ganzen Deutschen Reich (und dies, obwohl der Dreissigjährige Krieg schlimmere Verheerungen angerichtet hat als der Zweite Weltkrieg). So hat allein das Erzbistum Köln binnen weniger Jahre 400 neue Kirchentempel gebaut. Die unzähligen Wochenendhäuser Gottes, die der Klerus auf diese Art in den letzten zwei Jahrzehnten neu gebaut hat, unterscheiden sich freilich in einem Punkt von den christlichen Eigenheimen seiner kleinbürgerlichen Anhänger: Während das christliche Eigenheim stilgeschichtlich in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts gehört (Biedermeier), sind die Wochenendhäuser Gottes architektonisch eine Fortsetzung des grossdeutschen Festungsbaus im Zweiten Weltkrieg. Binnen zwei Jahrzehnten haben die kirchlichen Bauherren es fertiggebracht, die gesamte Bundesrepublik von Flensburg bis Passau mit einer Art sakralem Atlantikwall zu befestigen.» Auch vom geschäftlichen Standpunkt aus kann man diese Bauerei von Kirchen, nach denen kein Bedürfnis besteht, nur als Leerlauf bezeichnen. Waren an Stelle der vielen kostspieligen abstrakten Gotteshäuser Wohnungen zu tragbaren Mietzinsen, Luxusappartemente für Neureiche oder Hotels errichtet worden, so hätte das Baufieber noch jemandem gedient und zudem eine Rendite abgeworfen, welche für soziale Zwecke hätte verwendet werden können. Aber nein, die Kirchenherren zogen vor den Mangelartikel Land unnütz zu verschandeln.

Im vergangenen Jahr wurde die wilde Bauerei von Kultstätten gedrosselt, und dies wegen — Geldmangels. In den letzten fünf Jahren sind nämlich die kirchlichen Personalkosten dank des aufgeblähten Verwaltungsapparates raketenhaft gestiegen. Das winzige Bistum Speyer ernährt laut «Stern»

«einen bürokratischen Wasserkopf von 189 Personen» für die Betreuung von 723 000 Seelen. Der französische Kardinal Marty und seine drei Nachbarbischöfe jedoch spenden mit nur 155 Bediensteten 5½ Millionen mühseligen und beladenen Parisern Trost. Zwanzig evangelische Landeskirchen und 22 katholische Bistümer gibt es in der Bundesrepublik und Westberlin. Diese 42 Kurien sind laut «Stern» «nicht nur voll beschäftigt, sondern überlastet. Ein Teil des Personals hält Andacht vor dem neuen Computer,

den so ziemlich jede Kurie als Unterpfand der eigenen Fortschrittlichkeit verehrt. Ein weiterer Teil des Personals ist damit beschäftigt, Sankt Computer zu füttern.»

Das Gebaren der Kirchen steht unter aller Kritik. Wir Freidenker gehen mit den engagierten Christen gleich welcher Konfession völlig einig, wenn diese sich über einen derartigen Geldverschleiss empören und solche Zustände für eine Religion der Nächstenliebe als unwürdig betrachten.

Max P. Morf

Parteien und Presse zur Jesuiten-Abstimmung

Je näher der Termin der Abstimmung über die Aufhebung des Jesuiten- und Klosterartikels der Bundesverfassung heranrückt (20. 5.), desto mehr beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit dieser Frage. Die Parteien haben grösstenteils schon jetzt ihre Abstimmungsparolen ausgegeben, wobei es nicht überrascht, dass sich die meisten von ihnen in Übereinstimmung mit ihren Parlamentsfraktionen für ein Ja zur bundesrätlichen Vorlage ausgesprochen haben.

Immerhin kam es auf den Kongressen einzelner Parteien zu recht ausgedehnten und manchmal hitzigen Debatten, auch wurde die Ja-Parole, so beim Landesring der Unabhängigen, gegen eine beachtliche Minderheit beschlossen. Noch härter umkämpft war die Vorlage auf dem Parteitag der Evangelischen Volkspartei, wo sich Ja- und Neinsager fast gleich stark gegenüberstanden, so dass schliesslich ein vermittelnder Beschluss auf Stimmfreigabe zustande kam. Aber die Zürcher Delegierten dieser Partei und auch ihre Thurgauer Kantonalorganisation haben sich in aller Form für die Nein-Parole ausgesprochen. Die Minderheiten, die in den einzelnen Parteien gegen die Vorlage in Erscheinung getreten sind und auch die starke Aktivität des Komitees zur Aufrechterhaltung der Staatsschutzartikel haben nun bewirkt, dass sowohl die Meinungspresse wie die seriöse parteipolitisch neutrale Presse in vermehrtem Mass den Stimmen der Gegner der Vorlage Raum geben.

Natürlich drucken sie auch die für die Vorlage eintretenden Entschliessungen der Parteien und kirchlichen Spit-

zenorganisationen ab, aber mindestens in der Form von Leserbriefen kommt auch die Gegenseite zu Wort. So heisst es in der «AZ» vom 17. März «viele senkrechte Sozialdemokraten werden deshalb Nein stimmen, weil sie in der Jesuitenvorlage eine bedingungslose Kapitulation vor dem Machtanspruch des politischen Katholizismus erblicken, der seinerzeit in Deutschland, Italien, Spanien, Österreich und anderen Ländern den Faschismus an die Macht gebracht hat.» Als Gegenleistung für die Aufhebung des Jesuitenartikels müsste mindestens die konfessionelle Neutralität der Schule, die in der Bundesverfassung verkündet ist, auch in den katholischen Kantonen praktisch sichergestellt sein.

Auch die «National-Zeitung» in Basel hat wiederholt Leserbriefe veröffentlicht, welche gegen die bundesrätliche Vorlage Stellung nehmen. Ebenso die «Tat». In diesem Blatt wendet sich eine Leserin gegen die Europäische Menschenrechtskonvention der zuliebe der Jesuitenartikel geopfert werden soll. Die Universelle Menschenrechtskonvention der Vereinigten Nationen genüge durchaus und trage nicht die Spuren davon, dass sie im Einvernehmen mit dem Vatikan formuliert worden sei. Ihr genauer Inhalt sei dem Schweizer Volk nie zum Bewusstsein gebracht worden. Davon scheint uns richtig, dass in der ersten Epoche der Realisierung einer Europa-Politik das katholische Triumvirat Adenauer—de Gasperi—Robert Schuman den entscheidenden Einfluss ausübte, so dass die Vermutungen der Leserbriefschreiberin durchaus nicht abwegig erscheinen.